

## Waffenlieferungen in Krisengebiete

*Axel F. Fischer*

Mit der Entscheidung der Bundesregierung im August 2014, Waffen an die kurdischen Peschmerga-Kämpfer im Irak zu liefern, wurde eine kontroverse Diskussion ausgelöst. Bisher standen Waffenlieferungen in Deutschland immer wieder besonders dann im Fokus der Öffentlichkeit, wenn Rüstungsexportvorhaben bekannt wurden, wenn der bisher jährliche und zukünftig halbjährliche Rüstungsexportbericht der Bundesregierung erschien oder wenn das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) Deutschland als eine der großen Rüstungsexportnationen weltweit erwähnte.

Bei den Waffenlieferungen an die Kurden im Irak handelt es sich jedoch nicht um eine Entscheidung im Rahmen der bisherigen deutschen Rüstungsexportpolitik, sondern um eine Waffenlieferung in ein Krisengebiet. Mithilfe der Waffen sollen sich Menschen schnell und zumindest ansatzweise vor der Brutalität der Terrormiliz „Islamischer Staat“ schützen können.

Im Kern geht die in Politik und Medien geführte Debatte um die Frage, ob diese Waffenlieferung eine Abkehr von der bislang zurückhaltenden deutschen Rüstungsexportpolitik oder aber als eine durch die besonderen Umstände gerechtfertigte Ausnahme von derselben bewertet werden muss.

Deutsche Rüstungsexporte und auch die jüngsten Waffenlieferungen befinden sich in einem komplexen Spannungsfeld aus historischer und moralischer Verantwortung, außen- und sicherheitspolitischen Interessen, internationalen Verpflichtungen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Hinzu kommen wirtschafts- und industriepolitische Interessen in Bezug auf Rüstungsexporte. Deswegen ist grundsätzlich und



**Axel F. Fischer**

George C. Marshall European Center  
for Security Studies, Garmisch-Partenkirchen

auch vor dem Hintergrund der Entscheidung der Bundesregierung im August 2014, Waffen in den Irak und somit in ein Krisengebiet und an nicht-staatliche Akteure zu liefern, eine sachliche Debatte notwendig.

## Konsens über zurückhaltende Rüstungsexportpolitik

In Deutschland gibt es einen breiten Konsens, dass Rüstungsexportpolitik restriktiv sein soll, wie eine repräsentative Umfrage aus dem Frühjahr 2014 zeigt.

**<http://tinyurl.com/qhnc9w3>**

Dieser Konsens findet sich auch als Ziel in den „Politischen Grundsätze [n] für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000 (im Folgenden: „Politische Grundsätze“) wieder, die in erster Linie die Beschränkung von Rüstungsexporten anhand von bestimmten Kriterien an bestimmte Staatengruppen (NATO-/EU-/NATO-gleichgestellte und sonstige Staaten) regeln. Hier spielen u.a. das Sicherheitsbedürfnis und das außenpolitische Interesse der Bundesrepublik Deutschland, die innere Lage und Menschenrechtssituation im Empfängerland sowie die Sicherung des Endverbleibs eine bedeutende Rolle.

**<http://tinyurl.com/qbtsq2x>**

Rüstungsexporte sind laut Joachim Krause<sup>1</sup> ein völlig legitimes Mittel der zwischenstaatlichen Beziehungen, solange das Gewaltmonopol ein wichtiges Zeichen von Staatlichkeit ist. So hätten alle Bundesregierungen aus unterschiedlichen Überlegungen Rüstungsexporte zugelassen. Krause erläutert in seinem Artikel „Gibt es eine Merkel-Doktrin? Nein. Nur eine etwas überhitzte Rüstungsdiskussion in Deutschland“ u.a. regional- und allianzpolitische, rüstungswirtschaftliche und ethische Begründungen und bemerkt, dass keine Bundesregierung grundsätzlich versucht hat, die Politik der Zurückhaltung aufzugeben.

**<http://tinyurl.com/kmy3u3b>**

Vor diesem Hintergrund wird gegenwärtig in Politik und Medien eine grundsätzliche Debatte über Waffenlieferungen in Krisengebiete sowie über die derzeitige Praxis und Ausrichtung der deutschen Rüstungsexportpolitik geführt.

Die deutsche Rüstungsindustrie steht aufgrund nicht ausreichender nationaler Aufträge, sinkender europäischer Verteidigungsbudgets und europäischer Konkurrenz unter Exportdruck, sodass der Präsident des Bundesverbands der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, Armin Pappberger, der Politik bei einer restriktiven Rüstungsexportpolitik gar mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschland und der Abwanderung ins Ausland drohte.

**<http://tinyurl.com/pgqpytw>**

Die Lieferung von alten Bundeswehr-Lagerbeständen kann zwar im Zuge der sogenannten „Ertüchtigungsinitiative“ gesehen werden, welche Partner durch Ausbildung und Ausrüstung befähigen soll, selbst für Stabilität in ihrer Region zu sorgen, ist wirtschaftspolitisch und im Hinblick auf industriepolitische Interessen jedoch eher unerheblich. Kritiker sehen in der mitunter auch als „Merkel-Doktrin“ bezeichneten Initiative jedoch einen Paradigmenwandel in der deutschen Rüstungsexportpolitik zu einer weniger restriktiven Exportpraxis.

Es bleibt abzuwarten, ob die Waffenlieferung an die Kurden in den Irak eine Abkehr von der bislang zurückhaltenden deutschen Rüstungsexportpolitik ist oder aber als eine durch die besonderen Umstände mehr oder weniger gerechtfertigte Ausnahme zu bewerten ist.

## Argumente für Waffenlieferungen

- Rüstungsexporte und Waffenlieferungen sind ein Element der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.
- Waffenlieferungen bzw. militärische Mittel könnten die Voraussetzungen für politische Lösungen schaffen und Partnerstaaten in die Lage versetzen, selbst für Stabilität zu sorgen, sodass negative Auswirkungen auf Deutschlands Sicherheitsinteressen reduziert werden könnten.
- Empfängerländer bzw. Regionen können eine strategische Bedeutung für Deutschland haben, indem Partner in einer Region gestärkt werden, wirtschaftliche Interessen geschützt und Mitgestaltungs- und Kooperationsfähigkeiten gesichert werden.
- Politische Verantwortung bedeutet, auch mit einer pazifistischen Grundhaltung, dass alle Folgen des eigenen Handelns und Nicht-Handelns in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden. So könnten Waffenlieferungen beispielsweise ethnische Säuberungen verhindern.
- Staaten bzw. Akteure werden bei einer deutschen Absage zu einem Rüstungsexport oder Waffenlieferungen wahrscheinlich nicht auf (den Erwerb dieser) Waffen verzichten, sondern woanders Waffen kaufen oder von anderen Akteuren ausgerüstet werden.

## Argumente für Waffenlieferungen in ein Krisengebiet am Beispiel der Waffenlieferungen an die Kurden im Irak im Kampf gegen den Terror des „Islamischen Staats“

„Kein Konflikt der Welt lässt sich allein militärisch lösen. Aber immer wieder standen wir in den letzten Jahren vor Entscheidungen, bei denen auch deutlich wurde: Es gibt Situationen, in denen nur noch militärische Mittel helfen, um wieder eine politische Option zu haben.“

„In den vergangenen Wochen sind wir Zeugen unfassbarer Gräueltaten einer Terrorgruppe unter dem Namen „Islamischer Staat“ in Irak und Syrien geworden. Marodierend, plündernd, mordend sind ihre schwerbewaffneten Milizen im Irak vorgerückt [...]. Alles, was nicht ihrem Weltbild entspricht, räumen sie grausam aus dem Weg.“

„UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay spricht von Verbrechen gegen die Menschlichkeit; in den Gebieten, in denen ISIS agiert, würden ethnische und religiöse Säuberungen durchgeführt.“

„...wir sind [...] bereit, in begrenztem Umfang und in enger Abstimmung mit unseren Partnern den Streitkräften der autonomen Region Irakisch-Kurdistan Waffen und Munition für den Kampf gegen die ISIS-Terrormiliz bereitzustellen.“

„Diese Entscheidung ist weitreichend. Wir haben sehr sorgsam abgewogen und dabei sämtliche außen- und sicherheitspolitischen Aspekte beleuchtet. Wir standen vor der Wahl, kein Risiko einzugehen, nicht zu liefern und letztlich die Ausbreitung des Terrors hinzunehmen oder diejenigen zu unterstützen, die verzweifelt, aber mutig mit knappsten Ressourcen gegen den grausamen ISIS-Terror kämpfen. Uns sind die Risiken einer solchen Unterstützung bewusst. Wir haben sie natürlich bedacht. Umgekehrt haben wir aber auch gefragt: Was ist mit den akuten Risiken, die von der Terrorgruppe ISIS ausgehen, wenn wir jetzt keine Waffen und keine Munition liefern? Können wir wirklich warten und hoffen, dass andere sich dieser akuten Gefahr stellen? Nein. Dies entspricht nicht unserer Vorstellung von Verantwortung in dieser Situation.“

Das immense Leid vieler Menschen schreit zum Himmel, und unsere eigenen Sicherheitsinteressen sind bedroht.“

*Bundeskanzlerin Angela Merkel begründet am 01.09.2014 in einer Regierungserklärung Waffenlieferungen in den Irak.*

<http://tinyurl.com/nsu7ycl>

„Wenn ISIS jetzt auch noch Jordanien und den Libanon, wohin sich Millionen Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg gerettet haben, angreift und destabilisiert, dann brennt eine ganze Region, dann droht eine humanitäre Katastrophe ungekannten Ausmaßes. Ich finde, in einer solchen Situation nur passiv zuzuschauen und anderen die Verantwortung zu überlassen, das wäre nicht angemessen. [...] Es ist bitter, dass wir uns eingestehen mussten, dass die internationale Gemeinschaft beim Völkermord in Ruanda ihrer Verantwortung nicht ansatzweise gerecht wurde. Trotz aller Unterschiede muss uns das eine Mahnung sein. Das sollten wir stets vor Augen haben, wenn wir heute über die richtigen Antworten auf die Situation im Nordirak debattieren. [...] ISIS vertreibt ganze Volksgruppen und religiöse Minderheiten. Wer sich nicht bedingungslos unterwirft, wird exekutiert. Kinder werden gezwungen, öffentlichen Hinrichtungen zuzuschauen. Frauen und Mädchen werden von der Terrorgruppe wie eine Kriegsbeute behandelt, misshandelt, vergewaltigt oder als Sklavinnen verkauft.“

*Thomas Oppermann (SPD) am 01.09.2014 im Deutschen Bundestag.*

<http://tinyurl.com/nsu7ycl>

„die Konflikte einer Welt, die aus den Fugen gerät, lassen sich nicht mit pazifistischer Gesinnungsethik allein bewältigen. In Teilen Syriens und im Nordirak hat der „Islamische Staat“ ein grausames Terrorregime errichtet; es wirkt wie ein Magnet auf islamisch inspirierte Fanatiker auch in Europa und bedroht die ganze Region- und nicht nur die. Dieser Bedrohung stellen sich die irakischen Kurden entgegen. Es ist richtig, dass Deutschland ihnen mit Gewehren und mit Panzerabwehrwaffen hilft, mit dieser Bedrohung fertig zu werden und die Terrortruppe aufzuhalten. [...] der Vorwurf, ein Tabu werde gebrochen, ignoriert das Ausmaß der vom „Islamischen Staat“ verübten Verbrechen- Enthauptungen sind gang und gäbe [...] Man kann mit ernster Miene über das Böse in der Welt klagen, keine Waffen liefern- und diejenigen ihrem Schicksal überlassen, die sich mit der Bitte um Hilfe auch an Deutschland gewandt haben [...] Ist das eine verantwortungspolitisch edle Haltung? Faktische Teilnahmslosigkeit im Angesicht der Barbarei? Mit Seminaren über Friedenserziehung lassen sich weder ein vernichtungswütiger Terrorismus bekämpfen noch unsere Sicherheit wahren. Die Bundesregierung hatte versprochen, künftig substanzieller und entschiedener zu handeln- sie hat Wort gehalten.“

*Aus dem Artikel „Wider die Barbarei“ von Klaus-Dieter Frankenberger in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 02.09.2014, S.10.*

„In Fällen, in denen es eine ungerechte Aggression gibt, ist es legitim, den Angreifer zu stoppen“. Aber er [Papst Franziskus, Anmerkung des Autors] unterstreiche „das Verb stoppen; nicht bombardieren oder Krieg führen“. So ein „Anhalten“ dürfe auch nicht von einzelnen Staaten ausgehen; hier müssten die Vereinten Nationen eine gemeinsame Lösung finden; denn „man sollte im Kopf behalten, wie oft mit der Entschuldigung, einen Angreifer zu stoppen, ein Eroberungskrieg begonnen wurde.“

*Aus dem Artikel „Vatikan vollzieht Kurswechsel. Papst befürwortet Eingreifen im Nordirak“ von Jörg Bremer in der Online-Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 19.08.2014.*

<http://tinyurl.com/k3gugh4>

## Argumente gegen Waffenlieferungen

- Waffenlieferungen können zu vielen Toten und Menschenrechtsverletzungen führen und zur inneren Repression genutzt werden.

- Globale und regionale Rüstungsdynamiken müssen verhindert werden. Zusätzliche Waffen sorgen eher für Instabilität als für Stabilität.
- Der Endverbleib der Waffen ist ungewiss. Waffen könnten bei einem Regime-Wechsel gegen UN-/NATO-/ EU-Truppen verwendet werden.
- Durch Waffenlieferungen könnte Deutschland in einen Konflikt hineingezogen werden. So könnte beispielsweise die Gefahr von Terroranschlägen steigen.
- Es gibt einen Mangel an Transparenz und Kontrolle bei der Entscheidungsfindung, da Entscheidungen im geheim tagenden Bundessicherheitsrat getroffen werden und das Parlament nicht beteiligt, sondern nur nachträglich informiert wird.

### Argumente gegen Waffenlieferungen in ein Krisengebiet am Beispiel der Waffenlieferungen an die Kurden im Irak im Kampf gegen den Terror des „Islamischen Staats“

Wenn der Irak von etwas genug hat, dann sind das Waffen. Die Peschmerga – [...]– überlassen nicht selten kampflos ihre Waffen, also dann auch der Organisation „Islamischer Staat“. Das wird dann auch mit deutschen Waffen geschehen. Neu ist [...], dass sie an Kampfverbände gehen, die nicht der Regierung unterstehen. Das hat es noch nicht gegeben, und das ist ein solches Novum, dass ich meine, schon deshalb hätte der Bundestag darüber entscheiden müssen.

*Gregor Gysi (Die Linke) am 01.09.2014 im Deutschen Bundestag.*

<http://tinyurl.com/nsu7ycl>

„Deutschland handelt im Kampf gegen den IS-Terror inkonsequent: In den Irak werden Waffen geliefert, bei den in Syrien drohenden Massakern schaut die Bundesregierung weg.“

*Aus dem Artikel „Gute Kurden, schlechte Kurden“ in der Online-Ausgabe der „Zeit“ vom 02. Oktober 2014.*

<http://tinyurl.com/mmv39md>

„Sie schlagen uns nun vor, Waffen an die Kurden zu liefern, um der Bedrohung durch ISIS Herr zu werden. Erstmals in der Geschichte soll Deutschland Waffen direkt in einen kriegerischen Konflikt liefern. Wir reden von Tausenden Gewehren, Pistolen und Panzerfäusten. [...]“

Niemand kann kontrollieren, wo diese Waffen am Ende landen oder zu welchem Zweck sie später eingesetzt werden. Die Kurden werden diese Waffen nicht wieder zurückgeben. Diese Waffen könnten der Treibstoff für zukünftige massive innerirakische Konflikte zwischen Irakisch-Kurdistan und der Zentralregierung werden. Waffen an eine Konfliktpartei zu liefern, hat sich in der Vergangenheit bereits öfters als schwerer Fehler erwiesen. Die Humvees, mit denen die ISIS-Kämpfer in der Wüste unterwegs sind, sind ursprünglich aus den USA geliefert worden, sicher nicht mit der Intention, dass der ISIS damit kämpft. [...] Diese zukünftigen Risiken überwiegen aus unserer Sicht gegenüber dem möglichen kurzfristigen Nutzen, den die Lieferung dieser Waffen bringen kann. Den Grundsatz, keine Waffen in Krisenregionen zu liefern, sollten wir auch in diesem Fall aufrechterhalten.“

*Anton Hofreiter (Grüne) am 01.09.2014 im Deutschen Bundestag.*

<http://tinyurl.com/nsu7ycl>

„Wenn Deutschland dem Rüstungsgeschäft den Rücken kehrt, werden andere Staaten folgen – wie beim Atomausstieg“, so die ehemalige Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann. Zudem sei es ein Skandal und im Gegensatz zum christlichen Auftrag, Frieden zu schaffen, dass sich Deutschland zum weltweit drittgrößten Waffenexporteur nach den USA und Russland entwickelt habe.

*Aus dem Artikel „Margot Käßmann macht gegen Rüstung mobil“ in der Online-Ausgabe des Hamburger Abendblatts vom 04.11.2011.*

<http://tinyurl.com/lucvfnm>

„Hätte Deutschland 1945 nicht sagen müssen, dass wir nie wieder an Kriegen verdienen wollen? Wir sind der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Wenn man der drittgrößte Waffenexporteur der Welt ist, verdient man an jedem Krieg. Genau das steht uns nicht zu. Wir sollten so schnell wie möglich wenigstens jetzt Waffenexporte verbieten.“

*Gregor Gysi (Die Linke) am 01.09.2014 im Deutschen Bundestag.*

<http://tinyurl.com/nsu7ycl>

## Anmerkung

- 1 Prof. Dr. Joachim Krause lehrt Internationale Politik und ist Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK).

## Literaturempfehlung:

Grebe, Jan 2013: Deutsche Rüstungsexporte: Zwischen mangelnder Transparenz, der Notwendigkeit parlamentarischer Kontrolle und einer Neujustierung der Rüstungsexportpolitik, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, 2013, Heft 2, S. 279-289.

Grebe, Jan 2014: Kurswechsel/ Deutsche Rüstungsexporte zwischen Transparenz und parlamentarischer Kontrolle, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 35-37/2014, S. 3-10.

Krause, Joachim 2013: Gibt es eine Merkel-Doktrin? Nein. Nur eine etwas überhitzte Rüstungsdiskussion in Deutschland, in: Internationale Politik, (2013) 1, S. 100–105.

Schmidt, Christian 2013: Ethische Verantwortung und der Export wehrtechnischer Güter: Eine persönliche Stellungnahme, in: Evangelische Verantwortung: Mitteilungen und Informationen (2013), 1+2, S. 5-8.